

Auszug
aus dem Protokoll der
15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses
vom 07.01.2020

Top 5 Wohnungsbauprojekt Hafenstraße "Haus Pamir"; hier: Bericht aus den Fraktionen

Die Fraktionen teilen die Ergebnisse der Beratungen nach der Präsentation des Projektes im letzten Planungsausschuss mit.

FDP: Die Fraktion wäre auf Grund der hohen Grundstückskosten im Hafengebiet einverstanden mit der vom Investor vorgeschlagenen Kompensation, einen Teil der öffentlich geförderten Wohnungen an anderer Stelle zu errichten. Man wäre auch mit einer Lösung einverstanden, alle öffentlich geförderten Wohnungen an anderer Stelle zu errichten, sofern der Grundsatzbeschluss des Rates von 30% der Wohnfläche eingehalten wird.

SPD: Das Bauvorhaben wird grundsätzlich begrüßt, aber die 30%-Vorgabe bezogen auf die Wohnfläche muss eingehalten werden, eine Unterschreitung sei nicht akzeptabel. Die Intention des Ratsbeschlusses war die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten in allen Stadtgebieten, daher wird eine Verlagerung von Wohnungen an einen anderen Standort kritisch gesehen.

Sollte der Investor jedoch mehr als 30% der Wohnfläche als öffentlich geförderten Wohnraum realisieren, kann als Kompromiss über eine Teilverlagerung gesprochen werden.

Grundsätzlich wird das in der Präsentation als „Scharnier“ bezeichnete mittlere Gebäude in seiner Höhe kritisch gesehen. Es wird angeregt, den Gestaltungsbeirat hinzuzuziehen.

Bündnis-90/Grüne: Das vorgestellte Konzept wird befürwortet, die Gebäudehöhe passen sich gut in die Umgebung ein. Der Bauherr müsse nun nachweisen, dass er die politische Vorgabe von 30% der Wohnfläche einhalten kann. Ein Teil des sozialen Wohnraumes muss in jedem Fall auch an dieser Stelle realisiert werden. Da der vorgeschlagene Standort für die Kompensation (Pinneberger Straße 80) jedoch auch eine gute Wohnlage sei, wäre für die Fraktion eine Teilverlagerung vorstellbar. Andernfalls wäre so eine Verschiebung nicht mitzutragen.

WSI: Grundsätzlich begrüßt die Fraktion das Vorhaben, es sichere Wohnraum und Lebensqualität. Eine Teilkompensation ist vorstellbar, aber eine Unterschreitung der 30% der Nettowohnfläche wird abgelehnt.

DIE LINKE: Die Auslagerung des sozialen Wohnraums an einen anderen Ort wird abgelehnt, der Ratsbeschluss sieht diese Möglichkeit nicht vor, da eine Durchmischung des Wohnraumes beabsichtigt war. Auch eine Unterschreitung der geforderten 30% der Wohnfläche wird nicht mitgetragen.

CDU: Die Fraktion unterstützt das Bauvorhaben, es steigere die städtebauliche Qualität an der maritimen Meile. Die Schaffung von 80 Wohneinheiten ist angesichts der angespannten Wohnungsmarktlage in Wedel sehr zu begrüßen.

Auf Grund der sehr hohen Grundstückskosten insgesamt in Wedel und besonders im Hafengebiet kann die Fraktion sich auch vorstellen, dem Vorhaben zuzustimmen, wenn weniger als 30% öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen wird. Es kann wegen der Grundstückskosten auch weniger als 30% sein. Durch die hohen Grundstücks- und Baukosten zurzeit sei es realistisch, dass teurere Wohnungen günstigen Wohnraum gegenfinanzieren. Mit dem Vorhaben würden ca. 24 Sozialwohnungen geschaffen, dies dürfe die Politik nicht verhindern. Durch die Teilverlagerung könne ein Teil dieser Wohnungen sogar vorgezogen fertiggestellt werden.

